



Kraemers Klartext

Cross-Asset- und Strategy-Research

Die Europawahl ist keine Denkmittelwahl

Es geht um viel. Auch für Deutschlands Wirtschaft.

Die Stimmung im Land ist getrübt, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Die Wählerinnen und Wähler sind genervt von der gefühlten ewigen Streiterei der Ampelkoalition. Nach derzeitigen [Umfragen](#) würde die amtierende Regierung in Berlin auf nur noch ein Drittel der Stimmen kommen. Die FDP ist sogar wieder in akuter Gefahr, komplett aus dem Bundestag herauszufallen.

Und auf die EU und Brüssel wird sowieso gerne geschimpft: zu weit entfernt von der Lebensrealität der Menschen, zu viel Regulierung, zu teuer... Da besteht die Gefahr, sich zu einer Denkmittelwahl hinreißen zu lassen, um den Regierenden in Berlin ein deutliches Zeichen zu setzen. Eine solche instinkthafte Reaktion wäre ein Fehler, denn auch unser Wohlstand hängt maßgeblich von einem funktionierenden Europa ab.

Die Populisten haben wenig Konstruktives zu bieten

Bei der letzten Europawahl hat sich der langfristige Trend des apathischen Wählerverhaltens gedreht. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, und es wäre zu hoffen, dass sie sich auch am 9. Juni fortsetzt (siehe Abbildung). Denn eine niedrige Wahlbeteiligung hilft in der Regel den politischen Rändern. Und hier lauert die Gefahr. Zwar hat die AfD zuletzt durch einen bunten Strauß an Skandalen an Popularität eingebüßt, aber Demoskopien erwarten dennoch, dass sie [an zweiter Stelle](#) landen wird.

Deshalb lohnt es sich, einen Blick in das Wahlprogramm der AfD zu werfen. Hier fällt eine europaskeptische, ja europafeindliche Haltung auf. „Wir fordern das Experiment Euro geordnet zu beenden.“ So steht es im [Grundsatzprogramm](#) der Partei. Der Brexit, der in Großbritannien selbst mittlerweile von einer wachsenden Mehrheit als tragischer Fehler betrachtet wird, sei für Deutschland nachahmenswert! Die AfD sieht die Europäische

Dr. Moritz Kraemer

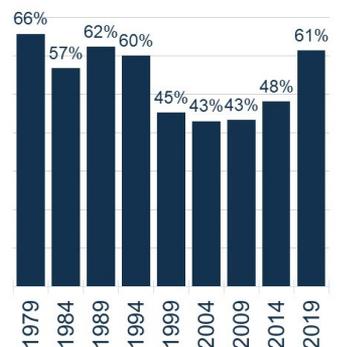
Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

31. Mai 2024

Es wird nicht über die Ampel abgestimmt!

Wahlbeteiligung bei Europawahlen in Deutschland



Quelle: Statista

Union als [gescheitertes Projekt](#) und fordert eine Neugründung als „Bund europäischer Nationen“.

Diese Position verkennt völlig, dass für uns in Deutschland, als exportabhängige Nation, die Integration in Europa von fundamentaler Bedeutung ist. Das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) schätzt, dass durch einen „Dexit“ 2,5 Millionen Arbeitsplätze innerhalb der ersten fünf Jahre verloren gehen würden. Die Wirtschaft würde um 5,6% schrumpfen.

Die Unternehmerschaft positioniert sich

Die [Unternehmen wissen](#), wie gefährlich das ist. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen sehen in der AfD eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. Normalerweise halten sich deutsche Unternehmerinnen und Unternehmer vornehm zurück bei der öffentlichen Kommentierung ihrer parteipolitischen Präferenzen. Aber mit dieser Zurückhaltung ist nun Schluss. Jedes zweite Unternehmen macht sich öffentlich gegen die AfD stark. Es ist wichtig und richtig, wenn sich Unternehmerinnen und Unternehmer eine Stimme verschaffen, um auf Risiken für unseren Wohlstand hinzuweisen. Es ist ja nicht so, dass wir nicht schon genug Herausforderungen vor der Brust hätten – mit weltweiten protektionistischen Tendenzen und einem sich rasch verschärfenden Arbeitskräftemangel. Der wirtschaftliche Isolationismus der Populisten hätte weitgehende und irreversible Folgen.

Am 9 Juni wählen gehen!

Es ist deshalb wichtig, dass wir der Europawahl die Bedeutung beimessen, die ihr zukommt. Man muss nicht alles an der EU lieben. Und die regelmäßigen Leser dieser Kolumne wissen, dass auch ich häufig kritische Töne anschlage. Umso wichtiger ist es, konstruktiven und reformwilligen Kräften die Stimme zu geben. Daheimbleiben ist keine Lösung. Die Zeit ist gekommen, das europäische Versprechen zu erneuern. Nur Mut!

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Europa ist das
Fundament un-
seres Wohl-
stands

Unternehmen
positionieren
sich gegen die
AfD
